# Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Lützow 1902, 3248, 8394.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 365. Freitag, 1. August 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.


# Die Annahme der Reichsverfassung.

## Der Abschluß.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.
K. Weimar, 31. Juli.

**Die Gesamtabstimmung über die Verfassung erfolgte namentlich und ergab die Annahme der Verfassung mit 262 gegen 75 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Dagegen stimmten die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Unabhängige sozialdemokratische Partei.**

Die Nationalversammlung hat heute die Beratung des Verfassungsgesetzes beendet. Eine längere Aussprache entwickelte sich bei den Artikeln über die Schule. Es wurde schließlich das bereits bekannte Kompromiß angenommen. Bei dem Artikel über die Rechte der Arbeiter und Angestellten (Art. 163) wurde seitens der Unabhängigen eine längere Propagandarede gehalten, die Anlaß zu stürmischen Unterbrechungen gab. Art. 164, der das Verbot für Mitglieder von Familien der früheren Landesherren aussprach, zum Reichspräsidenten gewählt zu werden, wurde auf Antrag der Deutschen Volkspartei mit einer Mehrheit von 198 Stimmen gegen 141 gestrichen. So können also jetzt auch Mitglieder dieser Familien zum Reichspräsidenten gewählt werden. Die übrigen Artikel des Entwurfs wurden mit einigen Aenderungen in der Fassung der zweiten Lesung erledigt.

**Dann schritt man zur namentlichen Abstimmung, nachdem noch Abgeordneter Löbe im Namen der sozialdemokratischen Fraktion erklärt hatte, daß es ihr in manchen Punkten schwer werde, der jetzigen Fassung beizustreten, weil durch einen Block der bürgerlichen Parteien in den Entwurf Bestimmungen hineingekommen seien, denen seine Fraktion nicht beipflichten könnte. Die Gesamtabstimmung ergab 262 Stimmen für die Annahme der Verfassung, 75 für die Ablehnung und eine Stimmenthaltung. Damit ist also das Verfassungsgesetz mit großer Mehrheit angenommen.**

Präsident Fehrenbach erteilte nunmehr dem Ministerpräsidenten Bauer das Wort. Der jetzige Augenblick sei, so führte dieser aus, die Geburtsstunde des neuen Deutschlands. Eine neue Zeit werde beginnen. Manche Gegensätze habe die Beratung des Entwurfs gezeigt. Jetzt aber müsse man gemeinsam ein neues Leben beginnen. Er halte es für seine Pflicht, auszusprechen, daß wir alle doch Landsleute, Blutsverwandte und Deutsche seien und nicht auseinander könnten. Der Ministerpräsident schloß mit dem Bekenntnis des Glaubens an das neue Deutschland, das eine friedliche Geschichte der Gesittung und Versöhnung beginnen werde.

Minister des Innern Dr. David sprach denjenigen den Dank der Regierung aus, die an dem Zustandekommen des Werkes mitgearbeitet haben, in erster Linie dem, der den Entwurf geschaffen habe, dem Reichskommissar Dr. Preuß. Er drückte die Hoffnung aus, daß die neue Verfassung nun auch zu dem äußeren Frieden unserem Volke bei inneren Frieden gebe und eine Lebenseinheit des Faustrechtes auch auf wirtschaftlichem Gebiete sein werde. Deutschland habe jetzt die am meisten demokratische Verfassung der Welt. Ein neues Haus sei damit eingerichtet, welches das nationale Gefühl erstarken lassen und den Willen der Zusammengehörigkeit mit dem Mutterland auch bei denen vermehren müsse, die außerhalb seiner Grenzen lebten.

Dann schloß Präsident Fehrenbach die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er hervorhob, daß die Nationalversammlung stolz sein könne auf die Arbeit, die nicht immer leicht gewesen sei. Das Haus lege nunmehr die Verfassung in die Hände des Volkes, das mit dieser Verfassung das freieste Volk der Erde sei. Damit schloß um 9 Uhr die Sitzung. Morgen wird man nach den Beamteninterpellationen erledigen und dann die vorgesehene Pause eintreten lassen.

Unmittelbar nach der Annahme der Verfassung wurde während der Rede Bauers auf dem Nationaltheater, dem Hause der Nationalversammlung, die neue schwarz-rot-goldene Reichsfahne gehißt. Vom Platze vor dem Nationaltheater hatte sich eine zahlreiche Zuschauermenge versammelt. Besondere Kundgebungen fanden nicht statt. Die Zuschauer nahmen die Hißung der Fahne ohne jede Kundgebung auf.

* * *

**Weimar**, 31. Juli. In den Beratungen der Nationalversammlung wird vom Freitag abend bis zum Donnerstag der nächsten Woche eine Pause eintreten, die Ausschüsse werden jedoch am Mittwoch früh wieder zusammentreten. Es ist dann in Aussicht genommen, bis zum 20. weiter zu tagen.

## Eine neue Ergänzung des Besoldungsgesetzes.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.
K. Weimar, 31. Juli.

Der Nationalversammlung ist der Entwurf einer 6. Ergänzung des Besoldungsgesetzes vom 15. Juni 1909 zugegangen.

Den unteren Beamten in gehobenen Dienststellen bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung sind im Laufe der Jahre immer weitere Tätigkeitsgebiete übertragen worden. Seit Jahren sehen werden sie vielfach zur Vertretung mittlerer Beamten herangezogen. Dementsprechend soll für diese Beamten eine besondere Gehaltsklasse 11a geschaffen werden. Die Gehaltssätze für diese Klasse betragen künftighin 1500 bis 2000 Mk. mit sechs verschiedenen Gehaltsstufen. Die höheren Beamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung halten bisher verschiedene Besoldungsklassen. Schon bei der Beratung der Besoldungsordnung von 1909 war in Aussicht genommen, ihnen ein in durchlaufenden Stufen von 600 Mk. bis zum Höchstsatz von 7200 Mk. aufsteigendes Gehalt zu gewähren. Die Zahl der Beamten, die bei Gehaltsstufen von 6000 Mk. länger als drei Jahre stehen bleiben, wird immer größer. Die zur Verbesserung der Verhältnisse ergriffenen Maßnahmen Wiedereinführung der Endstellen, Schaffung von Wiedikvorrückungsstellen, Umwandlung von Inspektorstellen in Bezirksvorsteherstellen haben nur vorübergehend Erleichterung gebracht, eine dauernde Besserung der Mißstände aber nicht herbeigeführt. Ein befriedigender Zustand kann nur dann hergestellt werden, wenn die Beamten der Klassen 46 und 50 in die Klasse 57 aufgenommen werden. Das sieht der Gesetzentwurf vor, der rückwirkend mit dem 1. April 1919 in Kraft treten soll. Die durch die Aenderungen entstehenden Kosten werden auf etwa 2 150 000 Mk. geschätzt.

## Ablehnung des Friedensvertrags durch die französischen Sozialisten.

**A. Zürich, 31. Juli.** (Eigene Drahtmeldung.) **Die offizielle sozialistische Partei Frankreichs hat beschlossen, gegen den Versailler Friedensvertrag zu stimmen.**

**R. Basel**, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Havasberichtet aus Paris: Die vereinigten Sozialisten Frankreichs verlangen eine Woche Bedenkzeit, um den Generalbericht Barthous über den Friedensvertrag zu prüfen, den dieser nicht vor dem 9. August zur Verteilung bringen kann. Da die Generalräte erst am 18. August zu einer Sommertagung zusammentreten, sind die Abgeordneten der Ansicht, daß die Kammerdebatte erst am 25. August beginnen kann.

## Der Versailler Vertrag vor dem Senatsausschuß.

**Amsterdam**, 31. Juli. Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten wird heute mit den Beratungen über den Versailler Vertrag beginnen. Die Verhandlungen werden vorläufig öffentlich sein, nämlich so lange, wie der Ausschuß die Sachverständigen hören wird, die über die Gebietsfragen, die Kriegsschädigungen, die Wiedergutmachungen und verwandte Fragen Bericht erstatten werden, was mehrere Tage in Anspruch nehmen wird. Die Sitzungen des Ausschusses, in denen über die Einwürfe gegen den Vertrag beraten werden wird, werden unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden.

Der Senat hat beschlossen, über den amerikanisch-französischen Vertrag in öffentlichen Sitzungen zu verhandeln.

## Straflosigkeit der Versailler Gewalttätigkeiten.

**R. Basel**, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einem Pariser Havasbericht ist die Untersuchung über die Vorfälle bei der Abreise der deutschen Delegation beendet worden. Es wird beantragt, die Angelegenheit niederzuschlagen, da festgestellt sei, daß die Deutschen lärmende Grüße gewechselt haben, wobei sie Hochrufe ausbrachten und gegen die Menge ihn Geimpfen schnitten und so die Proteste herausgefordert haben. (?) Ob die Menge Steine geworfen hat, konnte nicht (!) festgestellt werden.

## Die theoretische Kostenrechnung des Verbandes.

**R. Basel**, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Friedensausschuß der französischen Kammer nahm gestern den Bericht von Klotz und Loucheur über die Wiedergutmachungen und die finanziellen Bedingungen entgegen. Klotz machte darauf aufmerksam, daß die Verbündeten von Deutschland eine Kriegsentschädigung von zusammen über 1000 Milliarden Franken (!) verlangt hätten. Daraus ergebe sich, daß in einem Zeitraum von 75 Jahren nahezu 2000 Milliarden Franken einschließlich 5 % Zinsen hätten gezahlt werden müssen. Die Verbündeten seien der Ansicht gewesen, daß die Kraft Deutschlands nicht ausreiche, eine solche Schuld abzutragen. Sie hätten daher ihm nur die Pflicht auferlegt, den Betrag für die Pensionen, Unterstützungen und Wiedergutmachungen aufzuwenden. Die Höhe dieser Summe könne erst am 1. Mai 1921 festgelegt werden.

## Der Prüfstein für die Elsaß-Lothringer.

**⊙ Paris**, 31. Juli. (Indirekter Dienst der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".) Das „Journal" beschäftigt sich heute mit der Sprachenfrage in Elsaß-Lothringen, der das Blatt große Bedeutung zumißt und die nach seiner Ansicht große Schwierigkeiten schaffen wird. Das Blatt hofft aber, daß die in der ersten Zeit etwas aufgeregte Lage dank des Patriotismus der Elsässer bald ihre Schärfe verlieren wird.

## Wiedernaufnahme des Postverkehrs mit Frankreich.

**⊙ Paris**, 31. Juli. (Indirekter Dienst der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".) Die Postverbindung mit Deutschland wird heute für Handelsbriefe, Kataloge, Preiskurant und Warenproben wieder aufgenommen, während Privatkorrespondenzen nur auf Postkarten zulässig sind.

## Die Demobilmachung in Amerika.

**S. Haag**, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der amerikanische Kriegsminister mitgeteilt hat, wird die amerikanische Armee bis zum 30. September vollkommen demobilisiert sein. Der Marineminister teilte mit, daß er und Präsident Wilson die für die Südsee bestimmte Flotte zu San Francisko besuchen und daß er dann mit der Flotte nach Honolulu fahren werde, um an der Verlegung der dortigen Trockendocks teilzunehmen.

## Amerikas Bündnisstimmungen.

Indirekter Dienst der „Deutschen Allg. Zeitung".

**⊙ Paris**, 31. Juli.

Der „New York Times" zufolge geht in Amerika die allgemeine Stimmung nach der Verlesung der Botschaft des Präsidenten dahin, daß der amerikanisch-französische Bündnisvertrag ratifiziert werden solle. Die Senatoren Borah, Johnson, Poindexter, Moses und andere opponieren jedoch weiterhin und erklären, daß der Kongreß allein über die Verwendung amerikanischer Streitkräfte zu verfügen habe. Wilson weist darauf hin, daß, im Grunde genommen, eine militärische Unternehmung auch künftig immer nur vom Kongreß beschlossen werden könne, auch eine militärische Aktion, die im Völkerbundsvertrag vorgesehen sei. Der Washingtoner Vertreter des „Echo de Paris" betrachtet gleichwohl eine Krise als bevorstehend. Nach seinen Auskünften soll der amerikanische Botschafter in Rom, Nelson Page, deshalb zurückgetreten sein, weil er in der Fiumefrage die italienischen Ansprüche begünstigt habe.

Der japanische Geschäftsträger besprach dieser Tage wie aus Washington gemeldet wird, lange mit Staatssekretär Lansing die Schantungfrage. Japan möchte mit China direkt verhandeln und schlägt vor, daß die Eisenbahn Tsingtau—Sinanfu von China und Japan gemeinsam verwaltet wird. Tsingtau soll Freihafen und Militärzone werden, doch soll Japan dort eine Kolonie behalten dürfen. Japan würde seine Truppen zurückziehen, sobald China den Friedensvertrag unterzeichnet und sich der Wiedergutmachung mit Japan über die Verwaltung der zurückgegebenen Gebiete angeschlossen hätte.

## Der amerikanische Kredit für Deutschland.

Eigene Drahtmeldung.

—l—. **Frankfurt a. M.**, 31. Juli.

Die „Frankfurter Zeitung" erhielt auf ihre Anfrage, wie es mit den Aussichten der Kreditgewährung für Deutschland in Amerika stehe, von ihrem New Yorker Vertreter folgende Antwort:

Durch Unterhändler sind sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages mit hiesigen internationalen Bankhäusern Verhandlungen eingeleitet worden, um für Deutschland Dollarbeträge hier zu erhalten. Als Konkurrent für die deutschen Kreditbedürfnisse tritt England auf, das schon zur Stützung und Hebung seiner gefährdeten Valuta und zum Ausgleich seiner hochgradig passiven Handels- und Zahlungsbilanz mit Amerika bringende neuen Kredit in Wallstreet zu erhalten sucht. Am meisten fortgeschritten sind die Besprechungen, die auf Finanzierung der für Deutschland nötigen Baumwollsendungen hinzielen. Indessen ist bis zur Stunde auf keinem Gebiet ein irgendwie endgültiges oder greifbares Endergebnis all dieser Besprechungen erzielt worden. Es hängt dies namentlich auch damit zusammen, daß das Bundesfederwesen durch entschiedene Einsprüche Schwierigkeiten macht. Diese Behörde steht nämlich auf dem Standpunkt, daß es unsolide sei, diese ihrer Natur nach doch nicht kurzfristigen Kredite nach Europa auf dem Wege des Akzeptkredits zu finanzieren. Ist so auf dem Gebiete der Finanzierung Deutschlands noch alles in der Schwebe und unsicher, so scheint der reine Handelsverkehr erheblich schneller in Gang zu kommen. Nicht weniger als neun Dampfergesellschaften eröffnen in hiesigen Tageszeitungen Anzeigen, daß sie Dampfer nach Deutschland absenden werden.

## Telegrammwechsel zwischen Renner und Müller.

Der österreichische Staatskanzler Renner hat folgendes Begrüßungstelegramm an den Reichsminister des Auswärtigen gerichtet:

**Wien**, 28. Juli.

Herr Reichsminister!

Durch den Willen der Nationalversammlung mit der Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten betraut, begrüße ich Sie als Sachverwalter des Reiches, dem Deutsch-Oesterreich durch Volksstum und Geschichte am nächsten steht, erinnere Sie an die Tage unserer vieljährigen persönlichen Freundschaft und spreche die Hoffnung aus, daß diese der Aufrichtigkeit und Innigkeit der Beziehungen beider Staaten förderlich sein werde.

gez. Renner.

Der Reichsminister des Auswärtigen hat von Weimar mit folgendem Telegramm geantwortet:

Herr Staatskanzler!

Durch das Vertrauen der deutsch-österreichischen Nationalversammlung wurden Sie in einer für die deutsche Nation so schmerzlichen Zeit mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Deutsch-Oesterreichs betraut. Langjährige Freundschaft, die uns schon seit der Zeit vor dem Kriege persönlich verbindet, wird, so hoffe ich zuversichtlich, jetzt, wo das Schicksal gleich schwer auf den Völkern beider Staaten lastet, nur dienlich sein, wenn es gilt, die innigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten aufrecht zu erhalten, die wir nach außen zu vertreten die Ehre haben.

gez. Hermann Müller, Minister des Äußern.

## Der parlamentarische Beirat für das Rheinland.

Einem Wunsche der rheinischen Abgeordneten entsprechend wird der parlamentarische Beirat des Reichskommissars für die besetzten Rheingebiete nicht in Berlin, sondern in Köln am 3. August, nachmittags 4 Uhr, im Regierungsgebäude zusammentreten.

## Schweizerische Sicherheitsvorkehrungen.

**R. Basel**, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wegen des Generalstreiks und auf Ersuchen der Baseler Regierung wird der Bundesrat die Einberufung eines Infanterieregiments und einer Kavalleriebrigade für heute abend 8 Uhr anordnen.

## Bela Khuns Einkreisung.

Von
**Hermann Krause.**

Wir haben vor etwa 10 Tagen auf die prekäre Lage hingewiesen, in die Bela Khun und die ungarische Räterepublik geraten sind. Allerdings war ein Waffenstillstand mit einem Hauptgegner, den Tschechen, zustande gekommen, aber die darin vereinbarte Räumung der Slowakei hatte stark demoralisierend auf die roten Truppen gewirkt, so daß ein Teil zur weißen Garde der Szegediner Gegenregierung abbröckelte, ein anderer entlassen werden mußte und, was übrig blieb, nicht mehr als durchschlagskräftige, von dem Siege der eigenen Sache überzeugte Kampftruppe angesprochen werden konnte. Das Ultimatum des Verbandes, das Anfang Juli erfolgt war und am 10. d. Mts. ablief, hatte allgemeine politische Wahlen, die Beteiligung der Räte und die Einrichtung einer Militärdiktatur unter französischem Befehl gefordert, gleichzeitig unmittelbaren Einmarsch im Falle der Ablehnung der Forderungen angedroht. Wir hatten es in dem Sinne erwartet, daß ihm zwar nicht die Tat unmittelbar folgen würde, daß aber der Druck von außen in Verbindung mit der Fäulnis von Innen der Räterepublik — wenn auch vielleicht nicht sofort — lebensgefährlich werden müßte.

Inzwischen haben die roten Truppen gegen die Rumänen an der Theiß eine so vollständige Niederlage erlitten, wie sie in ihren Eingleiderungsversuchen nur durch Demoralisation und Verzagen an der Sache sich erklären läßt, für die gekämpft wird.

Es ist ein Charakteristikum der bolschewistischen Regierungsform, daß ihre Träger, wie keine andere gewählte Regierung, die Kriegsführung von der Politik nie trennen, sondern beide systematisch vollkommen vereinbeitlichen. Je stärker die Niederlagen, desto größer die Propaganda, desto gewaltiger die Agitation. Kein Wunder, daß sich Bela Khun in dem Augenblick der größten Bedrängnis, ja man darf sagen, im Augenblick der Katastrophe an die Proletarier der ganzen Welt zugleich um Verständnis für seine Taten und um Hilfe gegen seine Feinde wendet. Am meisten fühlt er sich getroffen durch den Vorwurf des Verbandes, daß die Machtergreifung der Räterepublik nicht auf dem Willen beruhe. Bela Khun beruft sich darauf, daß in Budapest bei den ersten Arbeiterratswahlen 500 000 Arbeitende abgestimmt hätten, in einer Stadt, die kaum eine Million Seelen zählt. Es ist schade für den Diktator, daß an diesem — seinem wichtigsten Argument — alles widerlegbar ist, weil nichts der Wahrheit entspricht. Die Zahl von 500 000 ist geschätzt, sicherlich tendenziös geschätzt und weit übertrieben, denn wenn selbst, wie Bela Khun es wollte, alle organisierten Arbeiter, gleichgültig ob männlichen oder weiblichen Geschlechts, selbst alle Dienstboten mitgezählt haben, so ist sicher diese Zahl nicht erreicht worden. Die große Beteiligung des Volkes sucht der Diktator, durch den Vergleich mit der Gesamteinwohnerzahl Budapests darzulegen. Nur vergreift er sich auch hier, denn er nimmt die Zahl, die vor und noch im Anfang des Krieges richtig war, Seit den letzten Kriegsjahren, besonders seit der Revolution, während deren sich in der Hauptstadt alles zusammendrängte, zählt Pest, das eigentliche Ungarn von heute, 2 Millionen Einwohner. Sieht man sich nun etwas näher an, wie die Wahl seinerzeit zustande kam, so erkennt man deren vollkommene Einseitigkeit, die noch dazu durch das Wahlreglement zwangsmäßig aufrechterhalten wurde: die Geistlichen, Kaufleute und die sogenannten Literaten, d. h. die Akademiker, die Aerzte, Rechtsanwälte usw. waren von der Wahl ebenso sehr ausgeschlossen, wie die Geisteskranken. Schon diese Zusammensetzung zeigt die Eigenartigkeit der sozialen Psychologie des Pester Alleinerzeugers und seine Vorstellungen von allgemeiner Wahl. Nun wurde weiter so verfahren, daß jedem Wählenden von den Mitgliedern der kommunistischen Partei die fertige Wahlliste einschändigt wurde, an der aber bei Leibe nichts geändert werden durfte. Nur in einem Bezirk erlaubten sich die Wähler Veränderungen, und hier wurde folgerichtig die Wahl auch annulliert.

Aber wer nun meint, daß die aus so gemüsenhaften Wahlen hervorgegangenen politischen Körperschaften wirklich Macht oder Einfluß auf den Gang der Politik der Räterepublik haben, der irrt vollkommen. Allerdings gibt es Arbeiterausschüsse, jeden gewinnlichen Fabrikbetrieb, einen 8ter, einen 15ter, einen 500er Ausschuß. Nur haben diese angeblich gar nichts zu sagen; sie werden immer vor vollzogene Tatsachen gestellt. Bloß zwei Leute regieren allein, selbstherrlich, absolut, in eigener Verantwortlichkeit, fast möchte man sagen: wie die Lenin und Trotzki von Gottes Gnaden. Hier ist es neben Bela Khun der frühere Volkskommissar Samuely, der blutige Unterdrücker der Gegenrevolution, der getrost neben dem Herzog Albq genannt werden kann. Er versieht sein Amt jetzt unter dem Zeichen eines Stadtkommandanten von Pest. Er könnte genau so gut der Generalgouverneur des Landes genannt werden, in der Bedeutung, die dieses Wort für die glaubensbekenntnisfreuenden Statthalter der spanischen Habsburger hatte. Bei der völligen Ausschaltung der Arbeiterräte von aller Politik nimmt es nicht Wunder, wenn nach den letzten Meldungen von Wiener Zeitungen im Gegensatz zu dem Standpunkte der Pester Diktatoren die Arbeiterräte sich gezwungen sehen, auch über die sechzehnlichen Forderungen des Verbandes, die sich auf einen Systemwechsel erstreden, zu verhandeln.

Aber auf welcher Grundlage will der Verband eine neue Regierung errichten? Lassen sich in dem Chaos, das Ungarn heute darstellt, noch Spuren entdecken, aus denen man die wahrscheinlichen Linien einer künftigen politischen Entwicklung des Landes zeichnen kann? Der Verband hat viel versäumt; soviel ist sicher. Im Mai des Jahres sträubten sich die sogenannten Mehrheitssozialisten, d. h. die Partei, welche die Masse der vermögigeren Fabrikgroßbetriebe, etwa 20 % der Bevölkerung, hinter sich hatte, Bela Khun zu folgen. Der Volkskommissar Garami, der Führer der Mehrheitssozialisten, schied aus der Regierung aus, weil er sich sträubte, das Rätesystem mitzumachen. Damals hatte Bela Khun in Wirklichkeit kaum 200 überzeugte Kommunisten hinter sich und vielleicht etwa 2000 Leute, die nicht aus politischen, sondern aus Privatinteresse ihm folgten. Der Verband hätte im Mai die Hauptstadt mit 5000 Mann einnehmen und der Räterepublik ein jähes Ende bereiten können. Inzwischen aber haben sich die früheren Mehrheitssozialisten dem Diktator angeschlossen. Mit diesen einmaligen Fehlern, der Unterarbeitung alles wirtschaftlichen Lebens, hat diese Partei ihr früheres Ansehen eingebüßt und würde besonders nach einem Umsturz nicht mehr als ein politischer Faktor in Betracht kommen, der wesentliche Volksteile hinter sich hat. Wenn nun die Arbeiterräte den Verband